



Stefan Lenzen

Mitglied des Landtags Nordrhein-Westfalen
Sprecher für Arbeit und Soziales der FDP-Landtagsfraktion NRW
Sprecher für Integration und Flüchtlinge der FDP-Landtagsfraktion NRW

Landtag NRW • Stefan Lenzen MdL • Postfach 10 11 43 • 40002 Düsseldorf

Rede zum Antrag von CDU und FDP: Chancen für alle – eine solide Ausbildung sicherstellen, neue Arbeitsplätze schaffen, Beschäftigte weiterbilden

Platz des Landtags 1
D-40221 Düsseldorf
Telefon: (0211) 884-4408
Fax: (0211) 884-3677
E-Mail: stefan.lenzen@landtag.nrw.de

Düsseldorf, 18.01.2018

- Es gilt das gesprochene Wort -

Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen!

Zum Aufstiegsversprechen der sozialen Marktwirtschaft gehört die Chance auf Teilhabe am Arbeitsmarkt. Dazu brauchen wir Ausbildung und Qualifizierung für möglichst viele Menschen. Eine abgeschlossene Berufsausbildung ist nämlich der beste Schutz vor Arbeits- und Perspektivlosigkeit und damit letztlich vor Armut. Für junge Menschen ohne Berufsabschluss ist hingegen der Weg in den Transferleistungsbezug oftmals bereits vorgezeichnet. Deshalb ist eine Initiative zur Ausbildung ein zentraler Aspekt unserer Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik.

Die NRW-Koalition zeigt hier, dass sie diese Aufgabe angeht. Wir wollen ein Gesamtkonzept aus einem Bündel abgestimmter Maßnahmen entwickeln, um jungen Menschen den Weg in Ausbildung und Beschäftigung zu ebnen, Arbeitsplätze langfristig zu sichern und Beschäftigte durch Weiterbildung fit für die Zukunft zu machen.

Einige Punkte wie zum Beispiel die Neuausrichtung der ESF-Förderprogramme hat Kollege Schmitz bereits angesprochen. Ich möchte noch vier weitere Aspekte betonen.

Erstens: Wir erkennen Probleme, Ausbildungsbewerber und angebotene Ausbildungsplätze in den Betrieben zusammen zu bringen. So stehen über 7.000 Jugendlichen ohne Ausbildungsplatz annähernd gleich viele unbesetzte Ausbildungsstellen gegenüber. Die Gründe dafür sind vielfältig, Berufswünsche, Anforderungen an die Qualifikation, aber auch die regionale Verteilung der Ausbildungsplätze und die Mobilität der Bewerber spielen eine Rolle. Wir haben zwar die Instrumente von „Kein Abschluss ohne Anschluss“ zur Unterstützung der Berufswahl sowie das Engagement von IHK und Handwerkskammern. Wir

brauchen aber darüber hinaus einen aufeinander abgestimmten Ansatz zur Behebung von Passungsproblemen. Dazu wollen wir ein entsprechendes Modellprojekt entwickeln und erproben und so den Übergang von der Schule in den Beruf verbessern.

Zweitens: Gerade junge Mütter und Väter stehen vor der Frage, wie sie neben der Kindererziehung noch einen Berufsabschluss erwerben sollen. Sie sind angewiesen auf eine Flexibilisierung der klassischen Vollzeit-Ausbildung.

Dazu hat das Land das Programm "Teilzeitberufsausbildung – Einstieg begleiten – Perspektiven öffnen" aufgelegt. Dabei werden Auszubildende und Betriebe beim Einstieg in die Ausbildung begleitet. Diesen Weg der Unterstützung von Teilzeitausbildungen wollen wir weitergehen. So können wir vermeiden, dass gerade Alleinerziehende häufig in den Kreislauf von Bildungsarmut, Abkoppelung vom Arbeitsmarkt und Hilfebedürftigkeit geraten.

Drittens: Es wird auch Menschen geben, die aus vielfältigen Gründen zunächst keinen vollständigen Abschluss erreichen können. Ihnen muss eine Perspektive aufgezeigt werden, um verwertbare Kenntnisse zu erlernen und durch anerkannte Institutionen zertifizieren zu lassen. Deshalb brauchen wir die verstärkte Entwicklung und Zertifizierung von Teilqualifikationen.

Dies wollen wir zusammen mit den Partnern der beruflichen Bildung vorantreiben. Aufbauend auf diese Teilqualifikationen soll in Form einer modularen Ausbildung auch schrittweise ein anerkannter Berufsabschluss erreichbar sein.

Viertens: Wir wollen Menschen, die aus dem Ausland zu uns gekommen sind, eine dauerhafte und qualifizierte Beschäftigung ermöglichen. Dazu ist die Anerkennung von im Ausland erworbenen Berufsqualifikationen ein zentraler Aspekt. Einerseits müssen die Verfahren sicherstellen, dass die hohe Qualität der deutschen Berufsbilder gewahrt bleibt. Andererseits ist die Verwaltung gefordert, potentielle Beschäftigte zu unterstützen und ihnen schnell mitzuteilen, ob und wie der ausländische Abschluss genutzt und anerkannt werden kann. Dazu zählt auch die Entwicklung von standardisierten Modulen für ein passgenaues Angebot der Anpassungsqualifizierung. Gerade bei den jeweils am häufigsten vorkommenden Abschlüssen und Herkunftsländern.

So können wir nicht nur den Einstieg in eine qualifizierte Beschäftigung erleichtern, sondern auch einen Beitrag zur Fachkräftesicherung leisten.

